

Frankfurt, den 30. Juni 2022

Pressemitteilung der Jüdischen Gemeinde Frankfurt am Main anlässlich des Treffens mit der Hessischen Ministerin für Wissenschaft und Kunst Angela Dorn zum Thema „documenta fifteen“

Am Dienstag traf sich der gesamte Vorstand der Jüdischen Gemeinde Frankfurt am Main mit der Hessischen Ministerin für Wissenschaft und Kunst, Angela Dorn und Vertretern des Landesverbands der Jüdischen Gemeinden in Hessen, um die Ereignisse der diesjährigen Kunstaustellung „documenta fifteen“ in Kassel zu besprechen. Es war ein sehr offener, teilweise kontroverser, aber jedenfalls fruchtbarer Dialog im Ignatz Bubis-Gemeindezentrum in Frankfurt, in dem die Gemeindevertreter auch Verantwortlichkeiten ansprachen.

Das Treffen war auf Wunsch der Jüdischen Gemeinde Frankfurt am Main initiiert worden, die eine Aufarbeitung und Konsequenzen nach dem Antisemitismus-Skandal fordert.

Vorstandsvorsitzender Prof. Dr. Salomon Korn sagte: „Wir haben unseren Standpunkt sehr deutlich gemacht, dass es nun nach der allgemeinen ersten Empörung auch personelle Konsequenzen geben muss. Bereits im Vorfeld zur documenta-Eröffnung war abzusehen, dass durch die diesjährigen Kuratoren, die die antisemitische BDS-Bewegung unterstützen, Raum für Israel-Hass und Antisemitismus gegeben wird. Die Verantwortlichen, allen voran die Generaldirektorin der Documenta Sabine Schormann hat hier grob fahrlässig gehandelt und nach Bekanntwerden des antisemitischen Eklats durch relativierende Äußerungen wenig Einsicht bewiesen. Bereits die Nicht-Einladung israelischer Künstler zu der internationalen Kunstaustellung hätte bei allen Zuständigen auf Bundes- und Landesebene die Alarmglocken auslösen müssen. Nun gilt es die Versäumnisse aufzuarbeiten, damit so etwas nie wieder passieren kann.“

Weiter führte der Vorstand im offenen und kritischen Gespräch mit Kunstministerin Dorn und den Vorstandsmitgliedern des Landesverbandes Dr. Jacob Gutmark (Vorsitzender) und Prof. Dr. Alfred Jacoby aus, dass auch nach Bekanntwerden des antisemitischen Werkes des Künstlerkollektivs Taring Pardi viel schneller hätte agiert und das Bild unmittelbar entfernt werden müssen. Dies sei eine versuchte Verharmlosung des Vorfalls gewesen. Die vom Bund und Land mit 42 Millionen Euro finanzierte documenta fifteen sei ein Paradebeispiel an israelbezogenem Antisemitismus, Verbreitung judenfeindlicher Vorurteile und relativierender Geschichtsvergleiche. Man benötige keine Antisemitismus-Experten um dies zu sehen, so der Vorstand weiter. „Wenn nicht jeder erkenne, dass hier judenfeindliche Bildsprache verwendet wurde, dann müsse man dringend Bildungsmaßnahmen ergreifen, um das Wissen zum Thema Antisemitismus in unserer Gesellschaft zu erweitern“, so Prof. Dr. Korn. Kunstministerin Dorn versprach eine gründliche Aufklärung der Ereignisse und unterstrich den Einsatz gegen jeglichen Antisemitismus. Man wird den Dialog mit den Vertretern der jüdischen Gemeinschaft intensiv fortführen.